



## Stadtverordnetenfraktion

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Gerd Hibbeler  
Im Herrngarten 1  
63150 Heusenstamm

30.05.2018

### **Neue Grundschule in Heusenstamm**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
bitte leiten Sie folgenden Antrag der CDU-Fraktion zur Beratung und Beschlussfassung an das Stadtparlament weiter.

#### **Beschluss:**

**Der Magistrat wird beauftragt, umgehend alle notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um durch den Erwerb/Pacht eines Grundstücks z.B. auf dem Gelände des Fernmeldezeugamtes oder an der Ecke Borsig-/Industriestraße (ehem. Kepler-Verlag) und der Herstellung der Baureife, den Bau einer weiteren Grundschule durch den Kreis Offenbach als Schulträger im Stadtgebiet Heusenstamms zu ermöglichen.**

#### **Begründung:**

In dem Schulentwicklungsplan des Kreises Offenbach 2018 wird für den Schulstandort Heusenstamm die Notwendigkeit einer weiteren Grundschule festgestellt. Die schon derzeit bestehende Enge an den beiden Grundschulen in der Kernstadt, die absehbare Entwicklung der Einwohnerzahl und damit verbunden die steigende Zahl an Kindern lässt keine andere Lösung zu, als eine vierte Grundschule im Stadtgebiet zu bauen. Dazu benötigt der Kreis als Schulträger und Bauherr ein geeignetes Grundstück, das von der Stadt zur Verfügung gestellt werden muss, es sei denn, der Kreis verfügt selbst über Grundstücksflächen. Im Vorfeld der Beratung des Schulentwicklungsplanes wurde eine Abtrennung eines beträchtlichen Teils der Adolf-Reichwein-Schule (ARS) an der Berliner Straße als „Notlösung“ in Erwägung gezogen. Als Fläche für eine notwendige Sporthalle ist dabei der Bolzplatz auf der gegenüberliegenden Seite angedacht.

Folgende Argumente wurden fachlich begründet von verschiedenen Seiten gegen diese Lösung vorgebracht:

- Aus der Beratung des Schulentwicklungsplanes ist erkennbar, dass auch die ARS als weiterführende Haupt- und Realschule angesichts steigender Schülerzahlen und Mehrbelastung

durch inklusiven Unterricht künftig mit steigendem Raum- und Flächenbedarf rechnet und eine erhebliche Flächenreduzierung für eine benachbarte Grundschule nicht verkraften kann.

- Der Bereich Leibnizstraße, Berliner Straße sowie die angrenzenden Wohngebiete sind derzeit durch die Schüler- und Verkehrsströme an das Adolf-Reichwein-Gymnasium und die ARS erheblichen Verkehrsproblemen und Gefahren ausgesetzt. Käme noch eine weitere zweizügige Grundschule mit ca. 180 Kindern dazu, die vielfach per Auto zur Schule gebracht würden, dürfte sich das alltägliche Verkehrschaos nur noch verstärken.
- Auch das Adolf-Reichwein-Gymnasium kommt mittelfristig an seine Kapazitätsgrenze. Eine Erweiterung wird ebenso den Schülerstrom erhöhen.
- Auch aus pädagogischen Gründen sieht die Schulleitung der Adolf-Reichwein-Haupt- und Realschule eine unmittelbare Nachbarschaft mit einer Grundschule auf einem Gelände, das nicht durchgängig räumlich zu trennen wäre, für äußerst problematisch an.
- Der für die Sporthalle angedachte Spielplatz hat für die Kinder der unmittelbaren Nachbarschaft eine große Bedeutung.

Diesen Einschätzungen schließt sich die CDU-Fraktion an.

Der Neubau einer weiteren Grundschule sollte dort platziert werden, wo künftig auch die hinzukommenden Grundschüler in der Nähe wohnen. Durch das Neubaugebiet südlich der Hohebergstraße und die immer konkreter werdenden Pläne zur städtebaulichen Integration des Geländes der ehemaligen Brückenmeisterei und des Brachgeländes am Fernmeldezeugamt (siehe Machbarkeitsstudien der Baulandoffensive Hessen und die Pläne des Projektentwicklers Fa. Prokom), ist abzusehen, dass wegen der steigenden Schülerzahl ebendort dem Neubau einer Grundschule der Vorzug zu geben ist.

Aus Sicht der CDU-Fraktion bietet sich das zu entwickelnde Gelände am Fernmeldezeugamt als Standort für eine Grundschule einschließlich Sporthalle und Freiflächen an.

In der Nachbarschaft einer neuen KITA und teilweise schon vorhandenen Betreuungsstandorten ergeben sich dort erhebliche Synergieeffekte für eine neue Schule.

Ebenfalls sollte das Grundstück des ehemaligen Kepler-Verlages als Alternative in die Überlegungen einbezogen werden.

Die Nähe zur Otto-Hahn-Schule (OHS) würde in beiden Fällen zwar eine Veränderung der Schulbezirksgrenzen erfordern, hat aber auch den Charme einer effektiven Zusammenarbeit beider Schulen. Ggfs. könnte die neue Schule auch als Dependance der OHS geführt werden.

Daher beauftragen wir den Magistrat, alle einer Kommune möglichen Mittel einzusetzen, um mit den derzeitigen Grundstückseigentümern zu einer zeitnahen Eigentums- und Bebauungsplanregelung zu kommen. Die Angelegenheit halten wir wegen mehrjähriger Vorlaufzeit für besonders dringlich.

Uns ist bewusst, dass der Ankauf/Pacht dieses Geländes, das dem Kreis für den Bau einer Schule zur Verfügung gestellt werden muss, zu Lasten der Stadt geht. Wir halten diese Aufwendungen für eine unerlässliche Investition in die Zukunft unserer Stadt und ihrer Bürger.

Lothar Fella

CDU-Fraktionsvorsitzender